

# Presseservice der SPD

Bonn, den 23. Mai 1989 30 | 40 | 50 | 380/89 60 |

## Mitteilung für die Presse

Zum Abschluß der Europäischen-Ökumenischen Versammlung vom 15. bis 21. Mai 1989 in Basel erklären die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende, **Herta Däubler-Gmelin**, und der Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl, **Gerd Walter**:

1. Die unter dem Leitwort "Frieden und Gerechtigkeit" stehende Europäische-Ökumenische Versammlung vom 15. - 21. Mai 1989 in Basel hat über die Grenzen von Konfessionen und Staaten hinweg die Kirchen in Europa zu gemeinsamen Beratungen über die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zusammengeführt. Diese gemeinsame Arbeit der europäischen Kirchen war ein kirchengeschichtliches Ereignis von Rang und zugleich von hoher politischer Bedeutung. Jetzt muß es gelingen, diese Gemeinsamkeit fortzusetzen und auszubauen; damit wird dem kirchlichen Beitrag zu politischen Fragen in Zukunft ein neues Gewicht verliehen, ebenso aber wird er auch ein anderes Maß an Aufmerksamkeit aus den politischen Bereichen erfordern.
2. Zu den Beratungsthemen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ist in Basel als neue und zusätzliche Problematik die Frage nach der Gestaltung des ganzen Europa hinzugetreten, die insbesondere von den Kirchenvertretern aus den osteuropäischen Ländern gestellt wurde. Diese Frage signalisiert das Zusammentreffen des ökumenischen Prozesses mit einem Zeitpunkt tiefgreifender Bewegungen in den Gesellschaften Osteuropas. Die europäischen Kirchen sind damit zu einem Forum geworden, von dem aus ernste Fragen an den westeuropäischen Einigungsprozeß, an die Offenheit für das ganze Europa und an die gemeinsame Verantwortung Europas gestellt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die zukunftsweisenden Aussagen des Basler Schlußdokuments aufmerksam studieren und seine Anregungen zu den Themen Frieden, Gerechtigkeit und

Bewahrung der Schöpfung in unsere politische Arbeit einbeziehen.

3. Die Kirchen brauchen für die politische Umsetzung ihrer Forderungen in konkrete Handlungsfelder Resonanz aus dem politischen Bereich. Der Dialog zwischen den Kirchen und der Politik ist durch die Beteiligung europäischer sozialdemokratischer und demokratisch-sozialistischer Parteien an der "Zukunftswerkstatt Europa" bereits begonnen worden, die am Rande der ökumenischen Versammlung in Basel veranstaltet wurde. In einer Fülle von Gesprächen konnte unser Angebot "Demokratische Sozialisten im Dialog - der konziliare Prozeß fordert politisches Handeln", verdeutlicht werden. Für die vor uns liegende Zeit hat Basel neue Herausforderungen für uns aufgestellt. Je deutlicher die europäischen Kirchen über die Grenzen von Konfessionen und Staaten hinweg zu Fragen der Zukunftsgestaltung gemeinsam Stellung nehmen, wird dies Aufmerksamkeit bei den politischen Kräften erfordern. Die sozialdemokratischen Parteien in Europa sollten diesen Dialog verstärkt aufgreifen.